A 009 DGB-Bundesvorstand

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen

Nachhaltige Energieversorgung entwickeln!

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der Klimawandel und die damit verbundenen Folgen müssen unser Handeln massiv beeinflussen. Die schon sichtbaren und erwarteten Schäden erfordern einen weltweiten Paradigmenwechsel, der den Zusammenhang von Arbeit, Ökologie und Ökonomie neu definiert. Die Energiepolitik ist ein entscheidender Schlüssel und der Hebel für die Wertschöpfung der Zukunft.

Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind der Schlüssel

Auf dem Weltklimagipfel im Dezember 2009 in Kopenhagen wurde kein neues Klimaschutzabkommen unterzeichnet. Deutschland hat sich aber bereits im Vorfeld dazu verpflichtet, die eigenen Emissionen bis 2020 um 40 % zu reduzieren. In Kopenhagen haben sich eine Reihe von Schwellen- und Entwicklungsländern zumindest zu nationalen Minderungsmaßnahmen bekannt. Deshalb ist von einem Investitionsschub in Umweltschutztechnologien auf Grund neuer Klimaschutzmaßnahmen in diesen Ländern auszugehen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen ausdrücklich das von der Bundesregierung formulierte Ziel einer Reduktion der Treibhausgase in Deutschland von 40 % bis 2020 sowie die angestrebte Verdopplung der Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990. Wir setzen uns dafür ein, eine weltweite Reduzierung der Treibhausgase in den Industriestaaten um mindestens 85 % bis zum Jahr 2050 zu erreichen, um die globale Erwärmung auf 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Da die Staatengemeinschaft auf der Weltklimakonferenz 2009 hierfür die Weichen nicht gestellt hat, müssen wirksame Emissionsminderungsziele spätestens in Mexiko im Dezember 2010 vereinbart werden.

Die Klima- und Energiekrise hat den langfristigen Lösungsweg bereits geebnet: Ausschöpfung aller Ressourceneffizienzpotentiale und Umstieg auf erneuerbare Energien. Ein weltweites verbindliches Klimaabkommen mit einem fairen Ausgleich zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern ist die wichtigste Voraussetzung für wirksamen Klimaschutz und bleibt unverzichtbar. Es dürfen keine weiteren Wettbewerbsverzerrungen durch zusätzliche einseitige Verschärfungen der Klimaziele in Deutschland und Europa entstehen, soweit negative Auswirkungen auf Arbeitsplätze zu befürchten sind. Ökologische Erneuerung muss sozialen Fortschritt einschließen. Deshalb dürfen nachwachsende Rohstoffe für Industrie oder Energieerzeugung nicht in Konkurrenz zur Produktion von Nahrungsmitteln geraten.

Wir treten im Bereich der Energiepolitik ein für:

- Die Ausschöpfung der Effizienzpotentiale in Industrie, Dienstleistung und bei Verbraucherinnen und Verbrauchern.

- Den Umbau der Energieversorgung hin zu einer Deckung aus erneuerbaren Energien und für Kohle als Brückentechnologie: Auch in Deutschland leisten die heimische Braunkohle und die Steinkohle nach wie vor einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung, insbesondere zur Stromgrundlast. Durch Kraftwerkserneuerung und den vom DGB unterstützten Kernenergieausstieg muss bis 2020 die Hälfte des deutschen Kraftwerksparks ersetzt

werden. Wir brauchen neue Kohle- und Gaskraftwerke, die hocheffizient arbeiten. Wenn die CCS-Technologie einsatzfähig ist, muss CO2 abgeschieden und gespeichert werden.

- Die Entwicklung und den Export von effizienten Energie- und Umwelttechnologien. Gerade für die deutsche Wirtschaft verbinden sich mit den neuen umweltorientierten Märkten enorme Chancen in den wichtigen Leitmärkten der Zukunft, wie z.B. in der Energieerzeugung und -effizienz, der Materialeffizienz, der nachhaltigen Wasserwirtschaft, der Recyclingtechnologie oder der nachhaltigen Mobilität. Im Bereich der erneuerbaren Energien wird für den Zeitraum 2008 bis 2020 mit Investitionen von jährlich rund 12 Mrd. Euro gerechnet. Hier können Hunderttausende neuer hochqualifizierter Arbeitsplätze entstehen.

- Eine Intensivierung der Anstrengungen im Bereich der energetischen Gebäudesanierung. Die öffentlichen und privaten Gebäude stehen für rund 40% des Energieverbrauchs und 20% des gesamten CO2-Ausstoßes in Deutschland. Gleichzeitig sind drei von vier der rund 39 Millionen Wohnungen und mehr als die Hälfte der rund 150.000 Gebäude der Bildungsinfrastruktur aus energetischer Sicht sanierungsbedürftig. Maßnahmen der energetischen Gebäudesanierung haben hohe positive Effekte auf das Wirtschaftswachstum und auf die Beschäftigung, weil sie arbeitsintensiv sind und die Aufträge dazu meist an kleine und mittelständische regionale Unternehmen vergeben werden. Daher sind die Fördermittel für die energetische Sanierung öffentlicher und privater Gebäude zu erhöhen, mindestens aber auf dem Niveau des Jahres 2009 zu verstetigen.

- Einen Technologietransfer und gemeinsame Unternehmungen, die Entwicklungs- und Schwellenländer in die Lage versetzen, die sozialen und ökologischen Probleme besser zu lösen und somit die Armut in der Welt zu bekämpfen.

- Für die Entkopplung des Wachstums vom Energie- und Ressourcenverbrauch, etwa indem Produktionsprozesse im Hinblick auf den Ressourcenverbrauch optimiert werden; dafür, dass Produkte so entworfen und gestaltet werden, dass sie viel stärker als bisher wieder verwertbar sind. Es gilt: Je weniger fossile Energieträger wir verbrauchen, desto geringer belasten wir das Klima und umso unabhängiger werden wir von Importen dieser Energieträger.

Für den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien hat sich das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sehr bewährt. Es hat praktische Alternativen gefördert und Deutschland die weltweite Technologieführerschaft bei den erneuerbaren Energien eingebracht. Dies muss konsequent fortgesetzt werden. Zusätzlich benötigen wir ordnungsrechtliche Mittel, damit nötige Investitionen über Länder- und Gemeindegrenzen hinweg zügiger erfolgen können. Das gilt auch für den Kraftwerksbau in Deutschland, der bestehende Kohlekraftwerke mit schlechtem Wirkungsgrad und hohem CO2-Ausstoß ersetzen muss.

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung werden global noch lange fossile Energieträger, in erster Linie Kohle, eingesetzt werden. Wie nachhaltig dies erfolgen kann, hängt von der Modernisierung, der Wirkungsgradsteigerung und der CO2-Reduzierung der Kraftwerke ab.

Der nötige Energiemix kommt ohne Kernkraft aus, deren Langfristfolgen nach wie vor nicht gelöst sind. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen an den bisherigen Beschlüssen zum Ausstieg aus der Kernenergie festhalten. Sie fordern die Bundesregierung auf, dies im Rahmen des für Ende 2010 angekündigten energiepolitischen Konzepts ebenfalls zu tun.

Für eine nachhaltige Energiepolitik sind nachfolgende Elemente von besonderer Bedeutung:

- Der Einsatz fossiler Energieträger nur in umwelt- und klimafreundlicher Technologie.

- Der Einsatz von CCS (CO2-Speicherung und -Lagerung) bzw. CO2-Recycling-Technologien zur Erzeugung von Biomasse und industriell nutzbaren Produkten wie neuen Biomaterialien und Biokunststoffen durch CO2-Assimilation von Mikroorganismen oder durch hydrothermale Karbonisierung.

- Der stetige Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere auch bei grundlastfähigen Erneuerbaren wie Geothermie.

- Die Erhöhung der Energieeffizienz über die gesamte Energiekette.

- Die Substitution von Erdöl und Erdgas durch erneuerbare Energien im Verkehrs- und Wärmesektor, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Erdöl und Erdgas nicht in erster Linie Brennstoffe, sondern wertvolle Rohstoffe für Industrie und Gewerbe darstellen. Durch die reine Verbrennung werden diese der Produktionskette entzogen, obwohl sie ansonsten durch stoffliche Nutzung mit weit höherer Wertschöpfung in der verarbeitenden Industrie eingesetzt werden könnten.

- Die zunehmende Substitution von Erdöl als wichtigstem Rohstoff für die chemische Industrie durch nachwachsende Rohstoffe, etwa für Schmier-, Kunst- oder Dämmstoffe.

- Der Ausbau der Kraft-Wärme/Kälte-Kopplung (KWK), denn die gemeinsame Erzeugung von Strom und Wärme kann einen entscheidenden Beitrag zur Steigerung der Energieproduktivität und zum Klimaschutz leisten. KWK-Kraftwerke erreichen einen Nutzungsgrad von bis zu 90% und sparen damit im Vergleich zu den modernsten herkömmlichen Kraftwerken immer noch bis zu 25% Primärenergie ein. Nachhaltig ist die Anwendung von KWK bei der Nutzung erneuerbarer Energieträger.

- Eine neue Balance zwischen dezentraler Energieerzeugung und zentralen Kraftwerken, die für eine Übergangszeit zur Versorgung industrieller Prozesse notwendig sind.

- Der Ausbau und die Anpassung der Energienetze, um umweltfreundliche Großtechnologien und dezentrale Stromversorgung zu integrieren.

- Die Vereinheitlichung der Bedingungen, unter denen Strom in Europa gehandelt wird, um faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten.

- Effizientere Antriebe im Fahrzeugbereich, wie verbesserte Verbrennungsmotoren mit niedrigerem Kraftstoffverbrauch, Brennstoffzellen auf regenerativer Wasserstoffbasis und Serienfertigung gebrauchstauglicher Elektrofahrzeuge, die mit Strom aus erneuerbaren Energien fahren.

- Neue und bessere Speichersysteme für Elektrizität.

Mit der Realisierung dieser Maßnahmen ist ein großer Schritt in Richtung einer nachhaltigen Energieversorgung getan. Er muss flankiert werden durch innovative Konzepte im Bereich der Struktur-, Forschungs- und Steuerpolitik. Die

Bundesregierung ist aufgefordert, die nötigen gesetzgeberischen Schritte zu veranlassen und Investitionen für die Forschung und Förderung neuer Technologien zur Verfügung zu stellen, wo dies erforderlich ist.

Veränderungen als sozialer Prozess: Die Beschäftigten an den Veränderungen beteiligen!

Die Erkenntnis ist unbestritten, dass unser ressourcenintensives Wohlstands- und Wachstumsmodell für etwa eine Milliarde Menschen nicht auf neun Milliarden ausgedehnt werden kann, ohne unseren Planenten zu sprengen. Über die Konsequenzen daraus wird gestritten. Es gibt nur noch einen Handlungskorridor von zehn bis zwanzig Jahren – sehr wenig, denn kultureller Wandel braucht Zeit.

Nur mit neuen Technologien und den bekannten Instrumenten der vorhandenen Institutionen wird der nötige Wandel nicht gelingen. Ihn in eine sinnvolle Richtung zu lenken, bedeutet, den schwierigen Weg zu gehen, alte, bisher bewährte Denk- und Handlungsmuster und bestehende Strukturen zu durchbrechen. Der dafür nötige Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Entwicklung sowohl in den Unternehmen als auch in der Gesellschaft ist vor allem ein sozialer und politischer Prozess. Er erfordert individuelle Verantwortungsbereitschaft, gemeinsames Engagement durch direkte Beteiligung, ein geändertes Führungsverständnis und Mut.

Es ist zu begrüßen, dass auch die großen deutschen Energieversorger die Zeichen der Zeit erkannt haben, eine Strategieänderung beginnen und ihre Investitionen in erneuerbare Energien und zur Reduktion von CO2 ausbauen. Das Investitionsvolumen muss jedoch noch deutlich gesteigert werden.

Heutige Entscheidungen, die zum Wandel und einem anderen Entwicklungspfad führen, werden beim Weltklima frühestens in zwanzig bis dreißig Jahren Früchte tragen. Dies ist ein Problem sowohl für die verantwortlichen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger wie für jeden von uns. Weil Folgen und Wirkungen erst nachfolgende Generationen treffen, alte Krisenbewältigungsstrategien nicht greifen, Strukturbrüche deutlich werden und Politikerinnen und Politiker sowie Managerinnen und Manager eher kurzfristig agieren, sind ergänzende neue Kommunikations- und Handlungsprozesse erforderlich - auch um zunehmenden Instabilitäten in der Gesellschaft zu begegnen. Deshalb fordert der DGB von Unternehmen, Politik, Gesellschaft u.a.:

- Die Unterstützung von Gruppen, Netzwerken, Unternehmen und Institutionen, die sich lösungsorientierten Zukunftsentwürfen widmen.

- Die Erhöhung der Chancen und die Minimierung der Risiken für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Aus-, Fort- und Weiterbildung, damit sie in neuen „grünen" Berufsfeldern Fuß fassen, mit den technologischen Veränderungen Schritt halten und sie gleichzeitig forcieren können.

- Betriebliche Weiterbildungsprogramme für Führungskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und den Aufbau von „Energiepaten" im Betrieb als handelnde Akteure für Energie- und Ressourceneffizienz.

- Das Zulassen und das Fördern von innovativen Freiräumen in Unternehmen und Organisationen, um schöpferisches neues Handeln zu ermöglichen und einzuüben.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden dies durch eigene Vorhaben unterstützen, z.B.:

- Durch die offensive Beteiligung der Gewerkschaften am Dialog in der Gesellschaft darüber, wie wir leben und arbeiten wollen.

- Durch die stärkere Beeinflussung der Investitionsentscheidungen und der grundsätzlichen Politik in den Unternehmen durch mitbestimmte Aufsichtsräte.

- Durch die ökologisch ausgerichtete Arbeitsplatzgestaltung der Beschäftigten selber, ihrer Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräte durch im Sinne einer verbesserten Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Betrieb.

- Durch gewerkschaftsübergreifende Plattformen und Dialogforen für Lösungsräume und Aktionen.

Jede Veränderung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung bedarf auch einer unmittelbaren Betroffenheit und Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen – nicht nur einer Vision in ferner Zukunft. Der ökologische Umbau ist überlebensnotwendig. Er eröffnet positive Perspektiven, wenn er sozial gestaltet wird und interessante neue Arbeitsbedingungen sowie auskömmliches Einkommen bietet. Veränderungen, die dem Klimaschutz dienen, beginnen in den Köpfen und Herzen und vor allem in der Kommunikation zwischen den Menschen. Die in den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können dazu einen großartigen Beitrag leisten. Eine solche Gewerkschaftspolitik, die auf Beteiligung und eine Synthese zwischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekten setzt, ist attraktiv und wird auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ansprechen, die noch nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind. Der nötige Paradigmenwechsel verfolgt die optimistische Vision einer lebenswerten, sozial gerechten Welt für die Nachkommen, nicht den kurzfristigen Gewinn oder materielles Wachstum um jeden Preis. Dieser Transformationsprozess bekommt eine große Kraft und wird gelingen, wenn Kreativität, Mitmenschlichkeit und aktive Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefordert, praktiziert und möglich gemacht werden. Dies ist eine alte Botschaft und eine alte Sehnsucht der Gewerkschaftsbewegung. Gewerkschaften bieten eine Plattform, dies zu realisieren, besonders für die junge Generation, die diesen Prozess aktiv tragen und treiben wird.